

IWH-Pressemitteilung 12/2015

Halle (Saale), den 29. April 2015

**Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Arbeitnehmer entlasten: Jetzt Steuern und Sozialbeiträge reformieren

Sperrfrist:
29. April 2015,
11:45 Uhr

Die Abgabenlast von Arbeitnehmern in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch. Bereits die progressive Natur des Einkommensteuersystems lässt die Abgaben automatisch ansteigen. Zudem ist in Zukunft durch den demographischen Wandel ein Anstieg insbesondere der Rentenversicherungsbeiträge zu erwarten. Um die Abgabenlast der Arbeitnehmer zu verringern und den Arbeitsmarkt effizienter zu machen, empfehlen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2015, das System der Abgaben auf Arbeitseinkommen in Deutschland jetzt zu reformieren.

Pressekontakt:
Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Eine solche Reform sollte vier Kernelemente beinhalten: Erstens nimmt die steuerliche Belastung mit steigenden Einkommen (Progression) bei kleinen und mittleren Einkommen schneller zu als bei hohen; dieser so genannte Mittelstandsbauch im Einkommensteuertarif sollte eingeebnet werden. Zweitens wird der Spitzensteuersatz schon bei Einkommen erreicht, die etwa dem 1,3-fachen des Durchschnittseinkommens entsprechen; bei der Einführung des progressiven Steuertarifs im Jahr 1958 griff er beim 17-fachen des damaligen Durchschnittseinkommens. Der Spitzensteuersatz sollte tatsächlich erst bei Spitzeneinkommen greifen. Drittens verliert der Solidaritätszuschlag mehr und mehr seine Berechtigung; es handelt sich dabei um eine Ergänzungsabgabe, die ursprünglich zur Finanzierung der Deutschen Einheit vorgesehen war und nur vorübergehender Natur sein sollte. Zudem kommt es immer wieder zu dem Missverständnis, der Solidaritätszuschlag werde nur im Westen bezahlt, obwohl er im Osten genauso erhoben wird. Diese Ergänzungssteuer sollte abgeschafft werden. Viertens sind in der Vergangenheit immer mehr Lasten, die aus allgemeinen Steuern zu finanzieren wären, wie etwa die „Mütterrente“, allein den Sozialversicherungen aufgebürdet worden. Entsprechende Zuschüsse aus Steuermitteln an die Sozialversicherung würden zu niedrigeren Beitragssätzen in der Sozialversicherung führen und damit die Arbeitnehmer entlasten, denn die Steuern speisen sich auch aus Selbstständig- und Vermögenseinkünften.

Ansprechpartner:
Oliver Holtemöller
+49 345 7753 800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundesministerium der
Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**)

**Wissenschaftliche
Schlagwörter:**
Einkommensteuerreform,
Sozialversicherung,
Solidaritätszuschlag,
steuerliche Progression,
Steuerpolitik

Eine Reform des Abgabensystems könnte einem weiteren Anstieg der Abgabenlast entgegenwirken. Ein solcher ergibt sich nämlich automatisch aufgrund der progressiven Natur des deutschen Einkommensteuersystems, wenn der Tarif nicht von Zeit zu Zeit angepasst wird. So sind die Lohnsteuereinnahmen in Relation zu den Lohneinkünften in den vergangenen drei Jahren kräftig gestiegen. Auch die Haushaltslage des Staates insgesamt ist von deutlichen Mehreinnahmen geprägt. Die Überschüsse dürften sich in diesem Jahr auf mehr als 20 Milliarden Euro belaufen. Daher würde die Reform auch nicht die investiven Ausgaben des Staates, vor allem für Bildung und Forschung, gefährden. Dort kommt es ohnehin nicht nur auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität an. Hier sind erhebliche Effizienzreserven vorhanden.

Aktueller Bezug:
öffentliche
Haushaltsüberschüsse,
Projektgruppe
Gemeinschaftsdiagnose
Frühjahrsgutachten 2015

Alles in allem wird es wohl kaum jemals einen günstigeren Zeitpunkt für eine grundlegende Reform des Steuer- und Abgabensystems geben als jetzt. Eine die genannten vier Kernelemente beinhaltende Reform wird von vielen gesellschaftlichen Interessengruppen grundsätzlich befürwortet. So haben sich in der Vergangenheit sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeberverbände für die Einebnung des Mittelstands-

**Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

bauches im Einkommensteuertarif ausgesprochen. Überzeugende Argumente, warum die Reform des Einkommensteuertarifs jetzt nicht möglich sein sollte, sind bisher nicht vorgetragen worden.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: +49 345 7753 800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:

Künftig finden Sie unter <http://www.iwh-halle.de/c/presse/experts.asp?lang=d> eine Übersicht zu den IWH-Forschungsthemen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.